

"Der Stabilitäts- und Wachstumspakt enthält in der Tat Spielräume hinsichtlich des Tempos der Budgetanpassung und diese Spielräume müssen genutzt werden."



Autor : Benoit Coeuré

Am 4. September hat der EZB-Rat zahlreiche Entscheidungen getroffen, die am 10. September in Kraft treten werden. Sie enthalten eine erneute Senkung des Leitzinses und ein Programm zum Rückkauf von Kapital, insbesondere nicht bankgemäßer Forderungen. Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht ein Gespräch mit Benoit Coeuré, der Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank ist.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Wahlen : Bulgarien - Lettland **Finanzkrise** : EZB - Spanien - Portugal - Italien - Zypern **Kommission** : Neue Kommissare - Ebola - Geldbußen/Kartell **Parlament** : Deflation? - Humanitäre Maßnahmen - Prioritäten **Rat der Europäischen Union** : Haushalt - Landwirtschaft - Russland **Gerichtshof** : Frankreich/Nitrate - Flüge/Strafen **EZB** : Senkung/Zinssatz und Ablösung/Schulden - Bankenaufsicht **Deutschland** : Soziales **Estland** : Sicherheit **Finnland** : Diskriminierung **Frankreich** : Verteidigung - SNCM **Griechenland** : Einwanderung **Italien** : Reformen **Polen** : Regierung **Vereinigtes Königreich** : Terrorismus - Schottland **Ukraine** : Waffenstillstand **Europarat** : Ukraine **NATO** : Ergebnisse/Gipfel - Frauen **Eurostat** : BIP - Handelsströme **Eurobarometer** : Umwelt **Berichte / Studien** : OECD **Veröffentlichungen** : EU und Europäer - Geopolitik - Finanzen **Kultur** : Ausstellung/Brüssel - Museum/Malaga - Musik/Rumänien - Design/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Vorgezogene Parlamentswahlen in Bulgarien



Am 5. Oktober sind die Bulgaren aufgefordert, an die Urnen zu gehen, um die 240 Mitglieder der Narodno sabranie (Parlament) zu bestimmen. Nach den Wahlen am 12. Mai 2013 handelt es sich um die zweiten vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments. 18 Parteien und 7 Verbände stehen zur Wahl. Die Abgeordneten werden auf 4 Jahre und in plurinominalen Wahlkreisen gewählt. Das Wahlverfahren ist gemischt: 31 Abgeordnete werden nach Mehrheitswahl (nach dem System des First past the post)

und 209 nach Verhältniswahl (geschlossene Listen) nach dem Hare-Niemeyer-Prinzip gewählt. Die Kandidaten müssen mindestens 21 Jahre alt sein. Ein Minimum von 4 % der abgegebenen Stimmen ist erforderlich, um ins Parlament einzuziehen zu können. Die in der Nationalversammlung vertretenen politischen Parteien sind: die GERB, größte Oppositionspartei des ehemaligen Premierministers Boiko Borissov (2009-2013) mit 97 Abgeordneten; die Koalition für Bulgarien (KzB), eine Vereinigung aus vier linken Parteien, zu denen die Sozialistische Partei (BSP) gehört, mit 84 Sitzen; die Bewegung für Recht und Freiheit (DPS) mit 36 Abgeordneten; die rechtsextreme Ataka mit 23 Sitzen. Nach letzten Meinungsumfragen, die vom Institut Sova Harris am 3. September veröffentlicht wurden, könnte die GERB 42,2 %, die Sozialistische Partei 31,4 %, die Bewegung für Recht und Freiheit 11,1 %, Zensurfrees Bulgarien 7,3 % und der Reformblock 7,1 % der Stimmen erreichen... [Fortsetzung](#)

Parlamentswahlen in Lettland



Die Letten wählen am 4. Oktober die 100 Abgeordneten der Saeima (Parlament) neu. 1.156 Kandidaten aus 13 politischen Parteien stehen zur Wahl. Die Abgeordneten werden seit 1998 auf 4 Jahre durch Verhältniswahl nach dem Sainte-Laguë-Prinzip bestimmt. Eine politische Partei muss mindestens 5 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, um ins Parlament einzuziehen. 5 politische Parteien sind darin vertreten: das Zentrum der Harmonie (SC), größte linke Oppositionspartei, mit 31 Sitzen; Einheit (Vienotība, V), die Partei der scheidenden Premierministerin Laimdota Straujuma, mit 20 Sitzen; die Reformpartei (R), Mitglied der scheidenden Regierung, mit 16 Sitzen; die Nationale Allianz, Mitglied der scheidenden Regierung, mit 14 Abgeordneten; und die Union der Grünen und Bauern (ZZS), ebenfalls Mitglied der scheidenden Regierung, mit 13 Sitzen. Nach letzten Meinungsumfragen, die am 5. September vom Institut Latvijas Fakti veröffentlicht wurden, könnte das Zentrum der Harmonie mit 21,1 % die meisten Stimmen erreichen, gefolgt von Einheit mit 17,3 %, der Union der Grünen und Bauern mit 8,2 % und der Nationalen Allianz mit 5,8 %... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

EZB korrigiert ihre Wirtschaftsprognosen



Am 4. September hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Wirtschaftsprognosen der Eurozone für 2014, 2015 und 2016 aktualisiert. Das Wachstum wird auf +0,9 % für 2014 herabgefahren (zuvor +1 %), auf +1,6 % für 2015 (zuvor +1,7 %) und für 2016 mit +1,9 % (zuvor +1,8 %) nach oben korrigiert. Die Inflation wird auf +0,6 % für 2014 reduziert (zuvor +0,7 %); unverändert bleibt sie 2015 mit +1,1 % und 2016 mit +1,4 %... [Fortsetzung](#)

Anstieg der Arbeitslosigkeit in Spanien im August 2014



Am 2. September hat der spanische Arbeits- und Sozialminister die Arbeitslosenzahlen veröffentlicht, die 4 427 930 gemeldete Arbeitslose erreichen. Das sind 8.070 mehr als im Juli. Im Laufe des letzten Jahrzehnts stieg die verzeichnete Arbeitslosigkeit im August um durchschnittlich 49 025 Personen. Dennoch ist die Bilanz in den letzten zwölf Monaten positiv, da sich die Arbeitslosigkeit um 270 853 Personen und somit 5,76 % verringert hat. Die Staatssekretärin für Arbeit, Engracia Hidalgo, begründet diese Ergebnisse mit dem Anstieg der im August geschlossenen unbefristeten Arbeitsverträge mit fast 73 000 Neueinstellungen, also 16,8 % mehr als im August 2013. Engracia Hidalgo erinnerte daran: "Das Hauptziel besteht darin, dass sich das Wirtschaftswachstum in einer stabilen Beschäftigung niederschlägt und all denjenigen, die aktiv Arbeit suchen, die notwendigen Bedingungen zu schaffen"... [Fortsetzung](#)

Berichtigter Haushalt für 2014



Dank eines Steuerüberschusses von 1,6 Milliarden Euro, der den Einfluss der kürzlich gefällten Urteile des Verfassungsrates abmildert, haben die Abgeordneten am 4. September einen berichtigten Haushalt für 2014 beschlossen, der frei von neuen Sparmaßnahmen ist. "Wir werden die Staatsschuldenobergrenze von 4 % des BIP für 2014 respektieren, ohne auf neue Einschnitte in die Staatsausgaben oder eine Steuererhöhung angewiesen zu sein", versicherte die Finanzministerin Maria Luis Albuquerque. Was den Haushalt für 2015 anbelangt, so hat die Regierung davon abgesehen, die am 14. August vom Verfassungsrat gekippte Rentensteuer zu ersetzen, und einen Rückwärtsgang eingelegt, was die Anhebung der Mehrwertsteuer

und Sozialabgaben betrifft. Daher der Gewinnausfall für den Staat, der sich auf 622 Millionen Euro beläuft... [Fortsetzung](#)

Italien hält Lohnstopp für Beamte im Jahr 2015 aufrecht



Die italienische Ministerin für den öffentlichen Dienst, Marianna Madia, hat am 3. September in Rom angekündigt, dass die Regierung den für 2015 vorgesehenen Lohnstopp für die drei Millionen Beamten aufrechterhalten werde. Diese Maßnahme solle der Regierung ermöglichen, 2,1 Milliarden Euro zu sparen. Angesichts scharfer Reaktionen italienischer Gewerkschaften erinnerte die Regierung von Matteo Renzi daran, dass sich Italien im dritten Trimester 2014 zum dritten Mal seit 2008 in der Rezession befinde. Diese Entscheidung sei daher Bestandteil des 20 Milliarden Euro umfassenden Sparplans, der für das kommende Jahr geplant ist. Dieser Plan soll dem italienischen Staat ermöglichen, seine Staatsschulen zu reduzieren und dadurch die von der Europäischen Union festgelegte Obergrenze von 3 % des BIP einzuhalten... [Fortsetzung](#)

Gesetz über die Pfändung von Immobilien



Das zypriotische Parlament hat am 6. September ein Gesetz beschlossen, das die Pfändung der von zweifelhaften Krediten bezahlten Immobilien erlaubt. Dieses Gesetz solle der sich in der Rezession befindenden Insel erlauben, seine nächste internationale Hilfszahlung in Anspruch nehmen zu können. Das Votum kommt kurz nach dem Ende der Deadline, die von den internationalen Kreditgebern festgelegt wurde. Sie hatten dieses Gesetz zur notwendigen Bedingung für die Auszahlung von 436 Millionen Euro der 2013 beschlossenen 10 Milliarden Euro umfassenden Hilfszahlungen für Ende September gemacht. Das neue Gesetz sorgt dafür, dass die Dauer des Pfändungsprozesses signifikant von 20 Jahren auf wenige Monate reduziert wird und richtet Bewertungsvorschriften für die zu pfändenden Güter und deren Versteigerung ein, indem es den Banken vorschreibt, unseriöse Darlehen umzustrukturieren, bevor sie von der Pfändung Gebrauch machen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Rat stimmt der von JC Juncker gebildeten Kommission zu



Am 5. September 2014 hat Jean-Claude Juncker, der zukünftige Kommissionspräsident, dem Rat die Liste der designierten Kommissare übergeben. Die Ernennungen folgen auf die Gespräche, die Juncker mit den von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kandidaten geführt hat. Der Rat hat diese Liste noch am selben Tag gebilligt, sie wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. JC Juncker wird die Verteilung der Ämter wahrscheinlich am 10. September ankündigen, um danach die Anhörungen vor den Abgeordneten des Europäischen Parlamentes durchführen zu können. Nach den Anhörungen muss sich die Kommission einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlamentes stellen. Unter den designierten Kandidaten befinden sich 9 Frauen, 4 ehemalige Premierminister und mehrere Minister. Das Durchschnittsalter liegt bei 53 Jahren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Union kündigt Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung des Ebola-Virus an



Am 5. September hat die Europäische Kommission Hilfsmaßnahmen der EU im Umfang von 140 Millionen Euro zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie in Westafrika angekündigt. Diese Hilfen werden hauptsächlich an die durch den Virus am stärksten betroffenen Länder gehen: Guinea, Sierra Leone, Liberia und Nigeria. 38 Millionen Euro sollen dazu dienen, den Behörden dieser Länder bei der Verbesserung der Gesundheitssysteme zu helfen. 5 Millionen Euro gehen in die Bereitstellung mobiler Praxisräume mit dem Ziel, den Virus festzustellen und medizinisches Personal auszubilden. 97,5 Millionen Euro sollen dabei helfen, den Haushalt in Liberia und Sierra Leone zu stützen, um die Fähigkeit der Behörden zur Bereitstellung öffentlicher Dienststellen, insbesondere im Gesundheitssektor, zu verbessern und die makroökonomische Stabilität zu verstärken. Kristalina Georgieva, europäische Kommission für internationale Zusammenarbeit, unterstrich die Notwendigkeit "unsere Anstrengungen zu bündeln und ausreichend Lufttransportmittel und medizinisches Material für unsere Partner im Kampf gegen diese Bedrohung bereitzustellen"... [Fortsetzung](#)



Am 3. September hat die Europäische Kommission drei Hersteller von Mikrochipkarten für ihre Teilnahme an einem durch die Vorschriften der Europäischen Union verbotenen Kartell zwischen 2003 und 2005 sanktioniert. Die Gesamtgeldbuße beläuft sich auf 138 Millionen Euro.

Dem deutschen Unternehmen Infineon wurden 82,8 Millionen Euro aufgebremst, dem südkoreanischen Unternehmen Samsung 35,1 Millionen Euro und dem niederländischen Unternehmen Philips 20,1 Millionen. Renesas (und seine Muttergesellschaften des Joint Ventures Hitachi und Mitsubishi) wurde komplett befreit, weil es das erste Unternehmen war, das die Kommission von der Existenz dieser Absprache unterrichtete. Die drei hauptverantwortlichen und für schuldig befundenen Unternehmen unterhielten zwischen 2003 und 2005 bilaterale Kontakte, um ihre gegenseitigen Angebote für gewillte Kunden abzustimmen und eine Preissenkung zu erhalten... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Nach Auffassung des Präsidenten der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem ist eine Deflation nicht möglich



Der Präsident der Eurogruppe Jeroen Dijsselbloem wurde am 4. September vom Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlamentes angehört. Nach den Erklärungen des EZB-Präsidenten Mario Draghi in Jackson Hole hatten sich zahlreiche Abgeordnete misstrauisch ob der wirtschaftlichen Zukunft der Eurozone gezeigt. J. Dijsselbloem beruhigte sie, indem er erklärte, dass es in der Eurozone das Risiko einer länger andauernden geringen Inflation gäbe, jedoch keine Deflation drohe. Es sei nun notwendig, sich Zeit zu nehmen, um die Konsequenzen der im Juni von der EZB getroffenen Maßnahmen einzuschätzen. Nach Auffassung von Dijsselbloem sollen die Steuermaßnahmen im Kampf gegen die Krise eine größere Rolle spielen, die Flexibilität in der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sei jedoch ebenfalls notwendig, weil er "der Anker des Vertrauens ist und es kontraproduktiv wäre, ihn zu brechen"... [Fortsetzung](#)

Abgeordneten wollen die humanitären Maßnahmen Europas ausweiten



Am 2. September hat der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament getagt, um über die internationalen Krisen zu diskutieren, die die Nachbarstaaten der EU erschüttern. Der Präsident dieses Ausschusses, Elmar Brok (PPE, DE), erklärte, dass es notwendig sei, die Budgetvergabe "zu vereinfachen und zu beschleunigen". Er fügte hinzu, "die Bürokratie ist zu gegenwärtig und die Gelder für humanitäre Operationen kommen zu spät". In dieser Woche wird der Ausschuss ebenfalls die Krisen im Irak, im Gazastreifen, in Syrien, in Libyen und in der Ukraine debattieren. Mehrere Leiter von Mission und Delegationen der Europäischen Unionen in diesen Ländern haben sich nach Brüssel begeben, um an die Kosten für den Wiederaufbau zu erinnern, die sich auf "mehrere Milliarden Euro" belaufen könnten... [Fortsetzung](#)

Prioritäten der italienischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union



Am 2. und 3. September haben die italienischen Minister ihre Prioritäten für die italienische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union präsentiert. Die Anhörung verschiedener Minister erlaubte im Rahmen jeder der 15 verantwortlichen Kommissionen das Programm der italienischen Präsidentschaft auszuführen, so wie es Matteo Renzi in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 2. Juli angekündigt hatte. Zu den Prioritäten, die von italienischen Ministern dargestellt wurden, zählen: die Ausweitung der von der Kommission initiierten schnellwirkenden Maßnahmen gegen das russische Embargo, die Verstärkung der humanitären Hilfe der EU, die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums durch Beschäftigung und Wettbewerb sowie die Verteidigung der "kulturellen Besonderheit" Europas... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Position des Rates zum Haushalt der Europäischen Union für 2015



Am 3. September hat der Rat seine Position zum Haushaltsentwurf der Europäischen Union für 2015 angenommen. Diese Entscheidung folgt auf die Vorstellung des Haushaltsentwurfes durch die Kommission. In seiner Entscheidung hat der Rat 140 Milliarden Euro an Zahlungen bewilligt, was eine Steigerung um 3,3 % im Vergleich zum Haushalt im Jahr 2014 (135,50 Milliarden Euro) darstellt und 1 % des nationalen Sozialprodukts gleichkommt. Hinzu kommen noch 145,08 Milliarden Euro an

Verpflichtungen, was einem Anstieg von 1,7 % im Vergleich zu 2014 (142,64 Milliarden Euro) und damit 1,04 % des Sozialprodukts der EU entspricht. Der Haushalt wurden in den Bereichen Forschung, Innovation und Bildung um 2,8 Milliarden Euro erweitert, also um 24,5 %. Das Europäische Parlament muss sich bis Ende Oktober zu diesen Entwürfen äußern... [Fortsetzung](#)

Europäische Antwort auf das russische Embargo über Nahrungsmittelprodukte



Die 28 europäischen Landwirtschaftsminister haben am 5. September begonnen, gemeinsame Gegenmaßnahme gegen das russische Embargo zu entwickeln, das 5 Milliarden Euro Nahrungsmittelimporte in Mitleidenschaft zieht. Der italienische Minister Maurizio Martina erklärte, dass sich die Minister "über die Wichtigkeit geeinigt haben, die Möglichkeit auszuloten", dem Sektor unabhängig vom Budget der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu helfen. Das Zurückgreifen auf eine solche Option spaltet, auch wenn es nach Auffassung des Landwirtschaftskommissars Dacian Cioloș "eine politische Einigung über die Idee gibt, dass der Landwirtschaftssektor den Hauptteil der Rechnung tragen muss, obwohl er für das Embargo nicht verantwortlich ist". Das Embargo wurde der EU vor einem Monat von Russland als Vergeltungsmaßnahmen für die europäischen Sanktionen im Rahmen der Ukraine-Krise auferlegt...

[Fortsetzung](#)

Neue Sanktionen gegen Russland



Führende Politiker der EU kündigten am 5. September an, dass die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union neue Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängen, das trotz des zwischen ukrainischen Kräften und prorussischen Rebellen ausgehandelten Waffenstillstandsabkommens weiterhin die Souveränität der Ukraine beeinträchtigt. In einem an die Staats- und Regierungschefs gerichteten Brief erklärten Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Ratspräsident Herman Van Rompuy, dass auf der Ebene des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten der EU "dieses neue Paket mit einschränkenden Maßnahmen beschlossen wurde". Die schriftliche Annahme durch die Mitgliedstaaten erfolgte am 8. September... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Richtlinie "Nitrates": Der Gerichtshof verurteilt abermals Frankreich



Am 4. September hat der Europäische Gerichtshof Frankreich für die Nichteinhaltung der Richtlinie "Nitrates" von 1991 verurteilt. Dieser Text der europäischen Gemeinschaft soll eigentlich Binnengewässer schützen. In Frankreich führt die Überschreitung von Stickstoffen, die durchs Erdreich in Flüsse geraten dürfen, jedoch dazu, dass das Wasser immer schwieriger zu behandeln ist. Der Gerichtshof hat festgestellt, dass die französische Regelung im Hinblick auf die Daten und die Dauer der Verstreuung von Gülle und anderen stickstoffhaltigen Düngemitteln zu lasch sei, wodurch "ein Verschmutzungsrisiko des Wassers durch Stickstoffe" bestehe. Zwar wurde keine Geldstrafe gegen Paris verhängt, allerdings wurde es verpflichtet, sich den europäischen Regeln unter Androhung einer erneuten Verurteilung, dieses Mal mit Zwangsgeld, zu beugen... [Fortsetzung](#)

Entschädigungen für verspätete Flüge



In seinem Urteil vom 4. September hat der Europäische Gerichtshof den Anwendungsrahmen für Entschädigungen von Fluggästen im Falle erheblicher Flugverspätungen festgelegt. Der Gerichtshof fasste den Begriff der "Ankunftszeit" enger. Danach sei die Ankunftszeit der Moment, in dem sich mindestens eine Tür des Flugzeuges öffne und die Passagiere dazu be-rechtigt seien, die Maschine zu verlassen...

[Fortsetzung](#)

EZB :

Ankündigungen anlässlich des EZB-Rates



Am 4. September hat der EZB-Rat beschlossen, den Leitzins auf 0,05 %, 0,30 % und -0,20 % mit Wirkung zum 10. September 2014 zu senken. Außerdem bestätigte Mario Draghi, Präsident der EZB, auf einer Pressekonferenz, dass die EZB im Begriff sei, ein Programm zum Ankauf von Privatschulden zu lancieren, um den Kreditmarkt und die Wirtschaft in

der Eurozone zu unterstützen. Die EZB "wird forderungsbesicherte Wertpapiere (ABS) kaufen" und ebenso "gesicherte Forderungen, die auf den Euro ausgestellt sind und von Finanzinstitutionen der Eurozone ausgestellt wurden", ergänzte der EZB-Präsident... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Liste von Banken, die der Bankenaufsicht unterliegen



Am 4. September hat die EZB die endgültige Liste mit den 120 "wichtigsten Kreditinstituten" veröffentlicht, die der Bankenaufsicht unterliegen. Diese Liste wird nach mehreren Kriterien erstellt, die zwei Hauptkriterien sind: Größe und wirtschaftliche Bedeutung des Kreditinstituts. Die EZB wird direkt am 4. November die Kreditinstitute, Banken und Finanzholdings, Gesellschaften und Mischgesellschaften, die sich auf der Liste befinden, überwachen. Die EZB hat, den Statuten entsprechend, ebenfalls eine Liste mit weniger wichtigen Institutionen veröffentlicht. Diese Banken werden weiterhin von den nationalen Behörden überwacht. Dennoch kann die EZB jederzeit entscheiden, eine direkte Überwachung auszuüben, um eine ganzheitliche Anwendung der entsprechenden Vorschriften zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Sozialkonferenz: Aufruf zu Privatinvestitionen



Am 2. September empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel zum fünften in Folge Tarifpartner und Chefs deutscher Unternehmen im Schloss Meseberg bei Berlin, um sich über die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen auszutauschen. Die deutsche Regierung unterstrich, dass öffentliche Investitionen nicht ausreichen, um die Erhaltung der wirtschaftlichen Dynamik sicherzustellen und rief deshalb zu privaten Kapitalinvestitionen auf. Die Mitglieder der Konferenz verständigten sich über strategisch wichtige Sektoren, auf die Deutschland seine Anstrengungen konzentrieren müsse: die Digitalindustrie und das E-Business... [Fortsetzung](#)

Estland :

In Estland beruhigt B. Obama die baltischen Staaten und warnt W. Putin



Am 3. September befand sich der amerikanische Präsident Barack Obama zu einem Staatsbesuch in Estland, wo er auf seinen Amtskollegen Toomas Hendrik Ilves traf. Dieser Besuch, der am Rande des NATO-Gipfels stattfand, hatte zum Ziel, die baltischen Staaten angesichts der russischen Bedrohung zu beruhigen. Der amerikanische Präsident warnte Wladimir Putin davor, "jeden Versuch der Destabilisierung Osteuropas" zu unterlassen. Er erinnerte daran, dass Estland "niemals allein sein wird", indem er "neue amerikanische Flugübungen in den baltischen Staaten" ankündigte. Darüber hinaus zeigte sich der amerikanische Präsident "vorsichtig" in Bezug auf die Ankündigung eines Waffenstillstandsabkommens zwischen Russland und der Ukraine und erklärte, es sei noch "zu früh sich zu diesem Abkommen zu äußern". Barack Obama traf die Präsidenten der drei baltischen Staaten und versicherte ihnen den Schutz durch die NATO und die USA auf der Grundlage von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages über die "kollektive Verteidigung von Mitgliedern der NATO im Falle von äußeren Angriffen"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finnland :

Der EuGH erklärt den finnischen Mechanismus der positiven Diskriminierung zugunsten der Frauen für ungültig



Am 3. September erklärt der Europäische Gerichtshof das finnische Gesetz zur positiven Diskriminierung zugunsten der Frau im Bereich der Arbeitsunfälle für ungültig. Der Gerichtshof in Luxemburg hat festgestellt, dass die Berechnung der Pauschalentschädigung nach einem Arbeitsunfall nicht vom Geschlecht des Arbeiters, sondern lediglich von anderen Faktoren wie dem Alter oder der durchschnittlichen Lebenserwartung in diesem Arbeitsbereich abhängen dürfe... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Frankreich setzt Lieferung des BPC Mistral an Russland aus

Am 3. September hat der französische Präsident im Anschluss an eine Sitzung des Verteidigungsrates entschieden, die Lieferung des ersten bâtiment de projection et de commandement (BPC) des Typs Mistral



mit dem Namen Wladiwostok an Russland wegen der anhaltenden Spannungen mit der Ukraine auszusetzen. In der Tat hat der Elysée festgestellt, "dass die Bedingungen dafür, dass Frankreich die Lieferung des ersten BCP erlaubt, im Moment nicht erfüllt sind". Der Vertrag wird bis November ausgesetzt. Auf dem NATO-Gipfel teilte der Präsident mit, dass er Ende Oktober eine Entscheidung treffen werde... [Fortsetzung](#)

SNCM: Europäischer Gerichtshof bestätigt Unrechtmäßigkeit von Staatshilfen



Am 4. September hat der Europäische Gerichtshof die Unrechtmäßigkeit und die Rückzahlung von Staatshilfen bestätigt, die die Société Nationale Corse Méditerranée (SNCM) erhalten hatte. Nach ihrer Privatisierung im Jahr 2006 hatte die Seegesellschaft mehr als 200 Millionen Euro Subventionen vom französischen Staat bekommen. Die SNCM erleidet damit den nächsten schweren Schlag, nachdem sie von der Europäischen Kommission bereits zur Rückzahlung von 440 Millionen Euro Staatshilfen gezwungen wurde, die sie aufgrund eines öffentlichen Auftrages für den Zeitraum von 2007 - 2013 unrechtmäßig erhalten hatte... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Griechenland drängt auf europäische Nothilfe zur Bekämpfung der Einwanderung



Auf einer Pressekonferenz am 4. September hat Miltiadis Varvitsiotis, griechischer Schifffahrtsminister, die europäischen Partner vor einer massiven Erhöhung der Migrationsströme an den Seegrenzen seines Landes im Jahr 2014 gewarnt. Neben der Unterstützung durch Frontex (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union) hat Griechenland bereits jetzt 71 Millionen Euro für die Ausstattung seiner Hafenpolizei zwischen 2007 und 2015 erhalten. Dennoch unterstrich die griechische Regierung 2014, dass 48 Migranten im Meer den Tod fanden, 2013 seien es noch 28 gewesen. Athen bat die Europäische Union deshalb um eine zusätzliche Geste der Solidarität in Höhe von 63 Millionen Euro... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Italien :

Matteo Renzi gibt sich 1000 Tage, um das Land zu reformieren



Der italienische Regierungschef Matteo Renzi hat mitgeteilt, sich ab dem 1. September 1000 Tage zu geben, um "Schritt für Schritt" sein Land zu reformieren. "Das ist eine große Revolution, der Countdown läuft", sagte der Präsident des italienischen Ministerrates, während er der Presse eine neue Internetseite präsentierte, auf der die Italiener den Stand der Reformen nachvollziehen können sollen... [Fortsetzung](#)

Polen :

Eine Frau als Premierministerin?



Am 4. September kündigte die Führung der Partei Bürgerplattform (PO) an, dass Eva Kopacz, Präsidentin des polnischen Abgeordnetenhauses, wahrscheinlich Nachfolgerin des scheidenden Premierministers Donald Tusk werden wird, der zum Präsidenten des Europäischen Rates ernannt wurde. "Eva Kopacz genießt die vollste Unterstützung der Parteiführung als Kandidatin für den Posten der Premierministerin"... [Fortsetzung](#)

Vereintes Königreich :

David Cameron kündigt verstärkte Maßnahmen gegen die dschihadistische Bedrohung an



Der britische Premierminister hat am 1. September verstärkte Maßnahmen angekündigt, die der dschihadistischen Bedrohung im Vereinten Königreich entgegenzutreten sollen, indem sie der Polizei ermöglichen, Ausweise zu beschlagnahmen und Flugreisen verdächtiger Personen einzuschränken. Die Polizeikräfte werden daher mit der Befugnis ausgestattet, die Ausweise verdächtiger Personen an den Grenzen vorübergehend zu beschlagnahmen, kündigte David Cameron an, der abermals betonte, dass etwa 500 Briten verdächtigt werden, sich den islamischen Kämpfern

Die Anhänger der schottischen Unabhängigkeit werden als Sieger des Referendums am 18. September gesehen



Kurz vor dem Referendum zur schottischen Unabhängigkeit am 18. September sieht eine am 6. September für die Sunday Times durchgeführte YouGov-Umfrage zum ersten Mal die Anhänger der Eigenständigkeit als Sieger voraus. Die Bewegung "Yes Schotland" und ihre Befürworter würden danach 51 % erreichen, das Lager der Opposition, "Better Together", nur 49 %. Angesichts dieser Ergebnisse hat England Edinburgh am 7. September die Übertragung neuer Kompetenzen auf dem Gebiet der Steuerpolitik, der Zuweisung finanzieller Mittel, der öffentlichen Ausgaben und der Sozialversicherung versprochen. Die Auswirkungen einer möglichen Unabhängigkeit Schottlands sind noch schwer abzuschätzen: die Frage nach der Währung des potentiell neuen Staates sowie die nach seiner Zugehörigkeit zur EU sind noch offen... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Waffenstillstandsabkommen zwischen Ukraine und Russland



Der haben die prorussischen Separatisten und die Regierung in Kiew ein Waffenstillstandsabkommen in der Ostukraine angekündigt. Dieses Abkommen, das das Ergebnis der Verhandlungen in Minsk zwischen Russland, der Ukraine, den Separatisten im Osten des Landes und der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist, enthält 12 Punkte. 1 - unverzüglicher bilateralen Waffenstillstand, 2 - Kontrolle und Überprüfung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch die OSZE, 3 - Dezentralisierung der Macht, die in den ostukrainischen Regionen Donezk und Lugansk die Bildung einer autonomen und provisorischen Lokalregierung auf der Grundlage des Gesetzes über den "Sonderstatus" erlauben soll, 4 - dauerhafte und aktive Kontrolle der Grenze zwischen der Ukraine und Russland durch die OSZE und Bildung einer Schutzzone in den Grenzregionen, 5 - sofortige Befreiung aller Gefangenen und illegal festgehaltenen Personen, 6 - Beschluss eines Gesetzes gegen die Verfolgung und Verurteilung von Personen, die an gewissen Ereignissen in den Regionen Donezk und Lugansk beteiligt waren, 7 - Fortsetzung eines nationalen Dialoges, 8 - Ergreifen von Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Situation im Donezkbecken (Regionen Donezk und Lugansk), 9 - vorgezogene Regionalwahlen in Donezk und Lugansk, 10 - Rückzug illegal bewaffneter Einheiten, schweren Geschützes und aller Kämpfer sowie Söldner von ukrainischem Gebiet, 11 - Beschluss eines Programmes zur Hilfe der wirtschaftlichen Genesung des Donezkbeckens und Wiederaufnahme der Aktivitäten in der Region, 12 - Sicherheitsgarantie für an den Beratungen teilnehmende Personen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Europarat :

Treffen mit ukrainischem Präsidenten in Kiew



Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland hat am 2. September in Kiew den ukrainischen Präsidenten Petro Porochenko sowie seinen Außenminister Pavlo Klimkin getroffen. Die Diskussionen konzentrierten sich auf den Militärkonflikt und die Verschlechterung der Lage der Zivilbevölkerung, die eine "Quelle besonderer Sorge" für den Europarat bleibt, der seinerseits seinen Willen bekräftigte, "die Ukraine bei der Durchsetzung von Reformen zu unterstützen", die humanitäre Hilfe im Osten des Landes zu verstärken und die Achtung der Menschenrechte in der Region sicherzustellen. Mitte August hatte Thorbjørn Jagland in einem Brief an alle europäischen Außenminister die Mitgliedstaaten zum Handeln aufgefordert, um humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in der Ukraine auf den Weg zu bringen. Während seines Besuchs in Kiew traf der Generalsekretär außerdem den ukrainischen Mediator für Menschenrechte Valeria Lutkovska, der ihm einen detaillierten Bericht über die militärische und humanitäre Lage in den östlichen und südlichen Regionen des Landes präsentierte... [Fortsetzung](#)

NATO :

Schlussfolgerung des NATO-Gipfels in Newport



Die Chefs der 28 NATO-Staaten haben am 5. September dem Aktionsplan "Reaktionsfähigkeit" zugestimmt, der darauf abzielt, die kollektive Verteidigung des Bündnisses zu stärken und dafür zu sorgen, dass es jeder Herausforderung gewachsen ist. "Dieser Plan

beweist unse-re Solidarität und unsere Entschlossenheit", erklärte der Generalsekretär der NATO Anders Fogh Rasmussen. Er erinnerte daran, dass die Bündnispartner einem mehr als je zuvor unge-wissen Sicherheitsumfeld begegnen müssen, insbesondere aufgrund der Angriffe Russlands gegen die Ukraine, der extremistischen Gewalttaten im Mittleren Osten und der Instabilität Nordafrikas. "In diesen turbulenten Zeiten muss die NATO vorbereitet sein, um die ganze Bandbreite an Missionen führen und die Verbündeten gegen jedwede Bedrohung verteidigen zu können", erklärte er... [Fortsetzung](#)

Neue NATO-Sonderbeauftragte für Frauen



Am 4. September 2014 wurde die niederländische Diplomatin Mariët Schuurman zur neuen Sonderbeauftragten der NATO für Frauen, Frieden und Sicherheit ernannt. Sie folgt auf Mari Skåre, die diesen Posten derzeit bekleidet. Dieses Amt, das 2012 ins Leben gerufen wurde, soll dafür sorgen, die Politik und das Wirken der NATO auf den Gebieten Frauen, Frieden und Sicherheit besser zu verbreiten, indem die Koordinierung und Kooperation mit der UNO und anderen betroffenen Organisationen gewährleistet wird. Das Mandat von Mari Skåre endet am 30. September 2014... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Das BIP der Eurozone bleibt stabil, das der Europäischen Union steigt um 0,2 %



Im Laufe des zweiten Trimesters 2014 blieb das BIP der Eurozone saisonbedingt stabil, das der Europäischen Union (EU) stieg im Vergleich zum vorherigen Trimester um 0,2 %, so die zweiten von Eurostat veröffentlichten Prognosen. Im Laufe des ersten Trimesters 2014 stieg das BIP in der Eurozone um 0,2 %, in der EU um 0,3 %. Im Vergleich zum ersten Trimester 2013 stieg das BIP in der Eurozone saisonbedingt um 0,7 % an, in der EU im zweiten Trimester 2014 um 1,2 %, nachdem es im vorherigen Trimester +1,0 % und +1,4 % waren. Innerhalb der Staaten der EU verzeichnet Malta das größte Wachstum des BIP (+1,3 %), während sich Deutschland und Italien auf den letzten Plätzen wiederfinden (beide -0,2 %)... [Fortsetzung](#)

Überschuss von 12 Milliarden Euro durch Handelsströme der EU



Nach ersten Schätzungen von Eurostat verzeichnete das Konto der laufenden Handelsgeschäfte der Europäischen Union im zweiten Trimester 2014 saisonbedingt einen Überschuss von 12 Milliarden Euro auf (0,4 % des BIP), im ersten Trimester 2014 war es noch ein Überschuss von 25,2 Milliarden Euro (0,8 % des BIP) und im zweiten Trimester 2013 sogar 47,5 Milliarden Euro (1,5 % des BIP). Im zweiten Trimester 2014 wuchs sich das Güterkonto im Vergleich zum ersten Trimester 2014 saisonbedingt zu einem Defizit aus (-1,5 Milliarden Euro gegenüber +1,6 Milliarden), während sich der Überschuss im Dienstleistungssektor erhöhte (+47,6 Milliarden gegenüber 46,1 Milliarden). Das Defizit des Einkommenskontos stieg an (-11,9 Milliarden Euro gegenüber -1,7 Milliarden), ebenso wie das Konto der laufenden Transfers (-22,3 Milliarden gegenüber -20,8 Milliarden), wenn auch etwas gemäßiger... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Für die große Mehrheit der Europäer ist es wichtig, die Umwelt zu schützen



Am 8. September hat das Eurobarometer eine Studie über das Interesse der Europäer für die Umwelt veröffentlicht. Eine große Mehrheit der befragten Personen ist der Meinung, dass die effiziente Nutzung natürlicher Ressourcen (79 %) und der Schutz der Umwelt (74 %) ein Motor für Wirtschaftswachstum sein können. Während 80 % der Befragten feststellen, dass die Wirtschaft ihre Lebensqualität beeinflusst, denken 75 %, dass der Zustand der Umwelt einen vergleichbaren Einfluss hat und 7 % sind davon überzeugt, dass die Umweltprobleme einen direkten Einfluss auf ihren Alltag haben. Die Luftverschmutzung (56 %), die Verschmutzung des Wassers (50 %), die Produktion von Müll sowie die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen sind die Themen, die den Menschen am meisten Sorgen bereiten... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

OECD veröffentlicht Jahresbeschäftigungsbericht

er 2014 hat die OECD ihren Jahresbericht "Beschäftigu



ngsperspektiven" veröffentlicht. Der Bericht hebt den "begrenzten aber willkommenen" Rückgang der Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern mit einem Durchschnittswert von 8 % Ende 2012 zu 7,4 % im Mai 2014 hervor. Diese Zahlen bleiben nichtsdestotrotz 1,8 Punkte höher als vor der Krise. Das ungleiche Wirtschaftswachstum (1,3 % Wachstum im Durchschnitt) "ist im Großen und Ganzen zu gering geblieben, um eine sichtbare Verbesserung der Beschäftigungslage zu erzeugen", schreibt die OECD. Der Bericht "sieht eine Fortsetzung des Rückgangs der Arbeitslosigkeit in geringem Umfang voraus", jene soll im letzten Trimester 2014 7,1 % erreichen. Außerdem warnt die Organisation vor einer Ausweitung der Langzeitarbeitslosigkeit: "trotz eines gewissen Rückgangs der Arbeitslosigkeit steigt die Langzeitarbeitslosigkeit an". Für die OECD bleibt Griechenland der wesentliche Sorgenkandidat, denn dort wurden 2013 67,5 % Langzeitarbeitslose verzeichnet. Dasselbe Ergebnis zeichnet sich in Irland, Italien und Portugal ab, wo der Wert bei 60 % liegt. Um dem entgegenzuwirken, befürwortet der Bericht einen "intensiveren und persönlicheren Ansatz durch zum Beispiel regelmäßige gegenseitige Besprechungen und die Erarbeitung von individuellen Aktionsplänen"... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

Lieben die Europäer Europa (immer noch)?



Während sich der Gedanke einer wachsenden Abkehr zwischen der Europäischen Union und seinen Bürgern zu manifestieren scheint, veröffentlicht die Documentation française ein Buch von Bruno Cautrès, Professor an der Sciences Po und Wissenschaftler am CNRS, mit dem Titel "Les Européens aiment-ils (toujours) l'Europe?". Obwohl die Abwendung der Europäer von der Europäischen Union in regelmäßigen Abständen durch Meinungserhebungen und -umfragen zu Tage tritt, wollen nur wenige von ihnen, dass ihr Land die EU verlässt. Bruno Cautrès versucht zu verstehen, auf welche Art und Weise die Unterstützung der Europäer für das Gemeinschaftsprojekt seit dem Beginn der 1990er Jahre zunehmend abgenommen hat, nämlich von der "bedingten Einwilligung" zu einem, wie er ihn nennt, "notgedrungenen Dissens"... [Fortsetzung](#)

Handbuch zur europäischen Geopolitik



Die am 27. August 2014 komplett überarbeitete Neuauflage des Handbuchs "Géopolitique de l'Europe" von Gérard-François Dumont und Pierre Verluise bietet eine Summe wichtiger Quellen zur Geopolitik in Europa. Von allen Kontinenten ist Europa derjenige, dessen Definition regelmäßig lebhaften Kontroversen hervorruft. Wo beginnt es? Wo hört es auf? Die "Géopolitique de l'Europe" befasst sich mit diesem Kontinent, der sich vom Atlantik bis nach Russland erstreckt und dessen Gestalt nach dem Ende des Kalten Krieges grundlegend verändert wurde... [Fortsetzung](#)

Inwiefern kann die Finanzmarktregulierung Europa aus der Krise helfen?



Sieben Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise hat die Ecole Nationale d'Administration unter der Leitung von Christian de Boissieu, François-Gilles Le Theule und Paolo Bailo ein Buch mit dem Titel "Comment la régulation financière peut-elle sortir l'Europe de la crise?" veröffentlicht. Auf der Grundlage von Berichten führender Wirtschaftsakteure gibt dieses Buch eine Analyse der wesentlichen Fortschritte auf dem Gebiet der Finanzmarktregulierung vor und bietet einen kritischen und zukunftsorientierten Blick auf die Antworten Europas auf das internationale Finanzsystem. Dieses gemeinschaftliche Werk ist Teil der aktuellen Debatte um die Gründung einer europäischen Bankenunion... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Gemälde von Sienna in Brüssel ausgestellt



Vom 10. September 2014 bis zum 18. Januar 2015 empfängt das Palais des Beaux-Arts in Brüssel die dem Gemälde von Sienna gewidmete Ausstellung "Ars narrandi dans l'Europe gothique". Dort werden Kunstwerke zwischen dem 12. und 15. Jahrhundert ausgestellt. BOZAR ehrt die Kunst der Darstellung Siennas, die alle künstlerischen Zentren Italiens faszinierte, um schließlich im Laufe der Jahrhunderte ganz Europa seine Marke aufzudrücken. Es ist deshalb eine außergewöhnliche Gelegenheit, diese für die Kunstgeschichte prägenden Meisterwerke in Brüssel zu entdecken... [Fortsetzung](#)

Das Centre Pompidou wird im Frühjahr 2015 eine Außenstelle in Malaga eröffnen



Für eine Versuchsdauer von fünf Jahren wird das Centre français d'art contemporain Georges Pompidou im Frühjahr 2015 eine Außenstelle in der andalusischen Stadt Malaga, der Geburtsstadt des Künstlers Pablo Picasso, eröffnen. Dieses provisorische Centre Pompidou (CPP) wird sich in einem zeitgenössischen Gebäude, dem El Cubo, einem durchsichtigen Würfel an den Anlegeplätzen des Jachthafens der Stadt, niederlassen. Das originelle Bauwerk wurde 2013 durch die Architekten L35 konstruiert und steht nun dem französischen Museum durch das Rathaus von Malaga zur Verfügung. Nach Auffassung des Präsidenten des Centre parisien Alain Seban hat dieses Versuchsprojekt zum Ziel, aus El Cubo ein "Gebiet der Interdisziplinarität" (Video-Tanz, Kino, plastische Kunst) zu machen... [Fortsetzung](#)

Festival George Enescu



Das gerade eröffnete 14. Festival George Enescu findet bis zum 27. September in Bukarest statt. Dieses alle drei Jahre organisierte Festival zu Ehren des berühmten rumänischen Komponisten stellt eine der wichtigsten internationalen Wettbewerbe auf dem Gebiet der klassischen Musik in Europa dar. Das Ereignis besteht aus vier Fachgruppen: Violine, Violoncello, Klavier und Komposition, in denen sich die derzeit besten Musiker messen und austauschen. Auch wenn der Musik von George Enescu wie zu jedem Festival die Ehre erwiesen wird, wird der deutschen Romantik in diesem Jahr zwischen den Mauern des Romanian Athenaeum und der Staatlichen Musikuniversität ein besonders großer Platz gewidmet (Robert Schumann, Johannes Brahms)... [Fortsetzung](#)

Paris Design Week



Bis zum 13. September 2014 empfängt Paris die vierte Ausgabe der Paris Design Week. Es ist der jährliche Anlass, zahlreiche Talente aus den Bereichen Design und Innenausstattung zu entdecken sowie die letzten Kollektionen großer Marken wie Cappellini, Roche Bobois oder Poltrona Frau zu bestaunen. Die Pariser können die verschiedenen Kollektionen in ganz Paris entdecken, denn es wurden 120 Orte für die Ausstellungen ausgewählt, darunter die Place de la Bastille, das Marais und die Cité de la Mode et du Design... [Fortsetzung](#)

Agenda :



10. September

Ankündigung der Zusammensetzung und Ressortverteilung der neuen Europäischen Kommission



12. September

Brüssel
Sitzung der Eurogruppe



14. September

Parlamentswahlen in Schweden



15. - 18. September

Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly ; Lucie Nebut, Andrea Klemencsics, Helen Levy
Aude Prenassi, Guillaume Anglars

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}